Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

286 (6.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 286 — **Dienstag, den 6. Dezember 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Reichskanzler von Schleicher hatte eine Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten Göring. Auf Grund dieser Besprechung ist der reibungslose Ablauf der Reichstagssitzung am Dienstag gesichert.

Außer den Kommunisten werden auch die Sozialdemokraten einen Mißtrauensantrag gegen das neue Kabinett einbringen.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband überreichte der Regierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der GdA. hat einen offenen Brief an die Reichsregierung mit den bekannten sozialpolitischen Forderungen gerichtet.

Der Vorstand des Deutschen Landgemeindetages hat sich hinter den Gereke-Plan gestellt.

Zwischen dem deutschen Außenminister von Neurath und dem englischen Premierminister Macdonald fand in Genf am Montag abend eine Unterredung statt.

Der amerikanische Bundeskongreß wurde am Montag mittag in beiden Häusern feierlich eröffnet.

*

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat an die Reichsregierung einen offenen Brief gerichtet, in dem u. a. eine der Sonderstellung der Angestellten rechnungtragende Sozialpolitik gefordert wird.

Die Lübecker Bürgerschaft hat einen Nationalsozialisten zum Präsidenten gewählt, der seit Kriegsende stets von den Sozialdemokraten gestellt worden war.

*

Japan hat in Genf den Großmächten den ersten Teil der japanischen Flottenabrüstungsvorschläge übergeben.

*

Der Völkerbundsrat wird sich mit der Agrarbeschwerde des Deutschtums in Polen erst Ende der Woche befassen.

Nationalsozialistischer Gesetzentwurf

Reichsgerichtspräsident vertritt den Reichspräsidenten.

T.U. **Berlin**, 5. Dez. **Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat beschlossen, einen Initiativgesetzentwurf einzubringen, der die Stellvertretung des Reichspräsidenten regeln soll. Die Einleitungsformel weist darauf hin, daß das Gesetz mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muß. Der Wortlaut des Gesetzes ist:**

„Artikel 51 der Reichsverfassung erhält folgende Fassung:

1. Der Reichspräsident wird im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten.

2. Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der Neuwahl.“

Deutschnationaler Vorstoß gegen Dr. Bracht

Berlin, 5. Dez. Die deutschnationale Pressestelle veröffentlicht eine Erklärung der deutschnationalen Landtagsfraktion zu den Personalveränderungen im preußischen Justizdienst, in der es heißt: Seit längerer Zeit hat die deutschnationale preußische Landtagsfraktion dem Stellvertreter des Reichskommissars in Preußen, Herrn Bracht, ihr Befremden über die merkwürdig **schonende Behandlung der Exponenten des Zentrums im preußischen Beamtenkörper** zum Ausdruck gebracht. Die jetzt erfolgte Beförderung des bisherigen Ministerialdirigenten Dr. Wirth, der als ein besonderer Vertrauensmann des Zentrums gilt, wirkt demgegenüber wie eine offene Kampfansage. Eine wirkliche Säuberung des preußischen Beamtenapparats ist nur dann möglich, wenn die Personen, die sich zu Willensträgern des früheren Systems gemacht haben, zunächst einmal aus verantwortlichen Stellungen ausgeschaltet und nicht noch besonders befördert werden. Die Erklärung führt einige weitere leitende Ministerialbeamte an, die dem Zentrum angehören und schließt: Eine durchgreifende Veränderung der Personalverhältnisse in Preußen muß mit der Lösung der Krise im Reich erfolgen.

Herriot dementiert

T.U. **Berlin**, 5. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Wie erinnerlich, hatten französische Blätter auf Grund eindeutiger Aeußerungen des französischen Ministerpräsidenten und im Zusammenhang mit der Angelegenheit Körber von einer deutschen Beteiligung an dem gegen ihn gerichteten Eisenbahnattentat von Nantes gesprochen. Hierzu kann auf Grund einer Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten dem deutschen Botschafter gegenüber festgestellt werden, daß Herr Herriot niemals eine Aeußerung in dem Sinne getan hat, daß ein Zusammenhang zwischen deutschen Kreisen und dem fraglichen Attentat vorhanden wäre.

Vor Eröffnung des Reichstages

Berlin, 5. Dez. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. aus parlamentarischen Kreisen hört, gilt es als wahrscheinlich, daß sich die Dezembertagung des Reichstages nicht nur auf die konstituierenden Sitzungen beschränken wird. Nach der Wahl des Präsidiums wird wahrscheinlich am Mittwoch der neue Aeltestenrat zusammentreten, um die weiteren Dispositionen festzulegen. Im Anschluß an die Konstituierung soll möglichst noch im Dezember eine Arbeitstagung des Reichstages stattfinden, und zwar ist beabsichtigt, als erste Vorlage einen Gesetzentwurf über die Regelung der **Stellvertretung für den Reichspräsidenten** zu beraten. Als Stellvertreter soll, wie es in einem Einzelfall schon einmal festgelegt war, der Reichsgerichtspräsident bestimmt werden. Darüber hinaus ist auch die Vornahme einer **Amnestieberatung** noch im Dezember wahrscheinlich. Ungeklärt ist noch der Termin der **Regierungserklärung** und der politischen Aussprache. Es ist durchaus möglich, daß diese auf den Januar verlegt wird. Damit würde auch eine Abstimmung über die Mißtrauensanträge und Notverordnungen vorläufig nicht stattfinden, da diese Anträge auf jeden Fall erst mit der Aussprache über die Regierungserklärung verbunden werden sollen.

*

Er eröffnet den Reichstag
General Litzmann (NSDAP) wird am Dienstag den neuen Reichstag als Alterspräsident eröffnen.

*

Berlin, 5. Dez. Am Montag herrschte im Reichstag ein bewegtes politisches Getriebe. Die Zentrumsfraktion hielt ihre Sitzung am Vormittag, während zu gleicher Zeit die Gruppe des Christlich-Sozialen Volksdienstes zusammenkam. Bei den Sozialdemokraten fand eine Vorstandsbesprechung statt, an der auch Ministerpräsident Dr. Braun wieder teilnehmen konnte, nachmittags eine Fraktionssitzung. In der kommunistischen Fraktion wird bekanntgegeben, daß die KPD. sofort ein Antragsprogramm einbringen werde, das außer **Mißtrauensanträgen** gegen das Kabinett von Schleicher vor allem Forderungen für die Erwerbslosen und für die Erzielung einer politischen Amnestie enthalten solle. Auch die deutschnationale Fraktion tagte. In bezug auf die bedeutendste Frage für den Reichstag und sein Verhältnis zur Regierung von Schleicher konzentrierte sich besonderes Interesse auf die **Haltung der Nationalsozialisten.**

Am Montag nachmittag hielt auch die neue nationalsozialistische Reichstagsfraktion ihre erste Sitzung, die in Anwesenheit Adolf Hitlers im Hause des Reichstagspräsidenten Göring stattfand. In nationalsozialistischen Kreisen verlautet, daß eine eventuelle kürzere Vertagung des Reichstages bis zum 10. Januar durchaus denkbar erscheine unter der Voraussetzung, daß etwa auf dem Gebiete der politischen Amnestie die neue Reichsregierung Entgegenkommen zeige, vor allem gegenüber den durch die Sondergerichte auf Grund der Terror-Notverordnung Verurteilten. Eine längere Vertagung hält man nicht für wahrscheinlich.

*

Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Reichstagspräsidenten

Berlin, 5. Dez. Die Unterredung zwischen Reichskanzler von Schleicher und dem Reichstagspräsidenten Göring hat jetzt stattgefunden. Wie von zuständiger Seite erklärt wird, ist auf Grund dieser Besprechung **der reibungslose Ablauf der Reichstagssitzung gesichert.** Der Reichstag wird sich am Dienstag lediglich konstituieren.

*

Eine Mitteilung der NSDAP.

Berlin, 5. Dez. Von der Pressestelle der NSDAP. wird mitgeteilt: In einer Unterredung, die zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und dem Reichstagspräsidenten Göring stattfand, wurde seitens des Reichstagspräsidenten in der üblichen Form dem Kanzler mitgeteilt, daß der **reibungslose Verlauf der Reichstagssitzung** bezüglich ihrer technischen Durchführung sichergestellt sei. Kombinationen, die in politischer Hinsicht daran geknüpft werden, entbehren jeder Grundlage.

Die Haltung des Zentrums

Berlin, 5. Dez. Die **Zentrumsfraktion des Reichstages** befaßte sich mit einer Reihe sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Anträge, darunter vor allem einen Initiativgesetzentwurf, der die sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Notverordnung wieder aufheben soll. Für die Präsidentenwahl schlägt die Fraktion wieder den Vizepräsidenten Thomas Esser vor. **Die Fraktion stimmte einer Vertagung des Reichstages auf längere Zeit zu,** doch steht noch im Augenblick nicht fest, wie lange diese Vertagung währen soll. Die Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß der Regierung unter allen Umständen Gelegenheit zur praktischen Arbeit gegeben werden muß.

*

Auch Sozialdemokraten gegen das neue Kabinett — Einbringung eines Mißtrauensantrages

Berlin, 5. Dez. Ueber die Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird mitgeteilt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer Sitzung am Montag mit der politischen Lage und mit der Vorbereitung ihrer Arbeiten für die am Dienstag beginnende Tagung des Reichstages beschäftigt. Es wurde beschlossen, für die Wahl des Reichstagspräsidenten wieder Paul Löbe vorzuschlagen. Die sozialdemokratische Fraktion wird verlangen, daß der Reichstag sofort nach seiner Konstituierung die **Erklärung der neuen Regierung entgegennimmt** und daß sich daran eine Aussprache über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen anschließt. **Die Fraktion wird sofort einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Schleicher einbringen, da die Zusammensetzung des neuen Kabinetts keine Gewähr dafür bietet, daß sich dessen Politik wesentlich von der des früheren Kabinetts unterscheiden wird.** Als besonders vordringlich wird die Sozialdemokratie die schnellste Erledigung einer Reihe von ihr eingebrachter Anträge und Gesetzentwürfe fordern. Dazu gehören die Gewährung einer zusätzlichen Winterhilfe für alle Unterstützungsempfänger und Hilfsbedürftigen, sowie der Erlaß einer Amnestie für politische Vergehen und Vergehen aus sozialer Not. Ferner verlangt die Fraktion die Aufhebung der Terror-Notverordnung und der Sondergerichte; die Wiedererhöhung der sozialpolitischen Leistungen auf den Stand vor Erlaß der Notverordnung vom 14. Juni 1932; die Beschaffung von Arbeit und eine großzügige Durchführung des Siedlungswerkes.

*

Arbeitsgemeinschaft Volkspartei—Volksdienst

Berlin, 5. Dez. Die Reichstagsgruppen der Deutschen Volkspartei und des Volksdienstes haben sich zu einer „Fraktion der technischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die politische Selbständigkeit der beiden Gruppen bleibt durch die Bildung dieser technischen Fraktion völlig unberührt. Die neue Fraktion hat 17 Mitglieder, nämlich 11 Volksparteiler, fünf Christlich-Soziale und einen Hannoveraner.

*

Kampfwahl um die Aemter des Reichstagspräsidiums?

T.U. **Berlin**, 6. Dez. Nach einer Meldung Berliner Blätter besteht die Möglichkeit einer Kampfwahl um die Aemter des Reichstagspräsidiums. Nach dem „Lokalanzeiger“ werde das der Fall sein, wenn etwa einzelnen Fraktionen der Anspruch auf einen Posten im Präsidium bestritten werden sollte, obwohl die Fraktion nach der Reihenfolge der Stärke auf einen Sitz im Präsidium Anspruch hat. Der „Lokalanzeiger“ weist darauf hin, daß die Wahl vollständig von den noch nicht abgeschlossenen Auseinandersetzungen über die Kandidaturen abhänge. Nach der „D.A.Z.“ sollen die Aussichten für eine Kampfwahl im Wachsen sein, da die Wiederaufstellung sowohl des nationalsozialistischen Präsidenten Göring wie des deutschnationalen Vizepräsidenten Gräf bei diesen Gruppen wechselseitig Widerstand fände. Für Göring würden, soweit sich das bisher übersehen lasse, nur Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei stimmen. Es werde deshalb bestimmt ein zweiter Wahlgang notwendig werden. Wie die „Börsenzeitung“ berichtet, steht es noch keineswegs fest, ob die Wahl des Reichstagspräsidiums schon am Dienstag oder erst am Mittwoch stattfindet.

Entschließung der Konferenz der deutschen Hochschul-Rektoren

Halle, 5. Dez. Eine Konferenz der deutschen Hochschulrektoren beschäftigte sich hier mit verschiedenen Fragen, wie Studentenwerkjahr, Freiwilliger Arbeitsdienst und Schaffung eines einheitlichen Studentenrechts. Zu dem Hochschulkonflikt in Braunschweig wurde folgende Entschließung gefaßt: Die deutsche Rektorenkonferenz erklärt: Es liegt den deutschen Hochschulen und ihren Rektoren fern, der studentischen Jugend die Beschäftigung mit den Problemen des politischen Lebens zu verwehren. Sie erachtet es vielmehr als selbstverständlich, daß Lehrer und Studenten mit heißem Herzen Anteil nehmen am Geschick des deutschen Volkes; dagegen **lehnen** sie unter Hinweis auf ihre Verantwortung gegenüber Staat und Wissenschaft **das Hineintragen der Parteipolitik in die Hochschule grundsätzlich ab.** Deshalb sprechen die in Halle versammelten Rektoren dem Rektor und Senat der Technischen Hochschule Braunschweig ihren Dank aus für das mannhafte Eintreten gegenüber dem Eingriff des braunschweigischen Volksbildungsminister in die Freiheit der Wissenschaft und die akademische Selbstverwaltung. Aus dem gleichen Grunde stellen sie sich einmütig hinter das Schreiben, mit dem der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Hochschulen den Herrn Reichspräsidenten um Schutz der bedrohten höchsten akademischen Güter angerufen hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Genfer Vorbesprechungen

Der französische Widerstand

Paris, 5. Dez. Der in Genf weilende Außenpolitiker des „Echo de Paris“ meldet zu dem Stand der Genfer Verhandlungen, daß Macdonald für Deutschland nicht mehr die absolute Gleichberechtigung, sondern **die bedingte Bewilligung des Gleichberechtigungsgrundsatzes verlange**; Frankreich hoffe, dann später, wenn seine Sicherheitsforderungen nicht befriedigt würden, sein Wort zurücknehmen zu können. Herriot habe dies abgelehnt.

Auch Norman Davis habe ursprünglich Frankreich gedrängt, Deutschland sofort die Gleichberechtigung zu bewilligen, wogegen die Abrüstung der Großmächte um zwei oder drei Jahre hinausgeschoben werden sollte, damit in der Zwischenzeit das Sicherheitsproblem erörtert werden könne. Der Widerstand von französischer Seite hat jedoch — nach Darstellung des „Echo de Paris“ — Davis zu folgendem Kompromißvorschlag veranlaßt: In einem Vorabkommen die bisherigen Konferenzergebnisse zu registrieren und alsdann für drei Jahre die eigentlichen Konferenzarbeiten einer **ständigen Abrüstungskommission zu übertragen** und ihr auch die **Behandlung des Sicherheits- und Gleichberechtigungsproblems** zu überlassen. Erst wenn diese Kommission die ihr gestellten Aufgaben erfüllt habe, wäre eine neue allgemeine Konferenz einzuberufen. Herriot stehe diesem Vorschlag nicht von vornherein ablehnend gegenüber. Er habe aber um kurze Bedenkfrist gebeten und bereits zum Ausdruck gebracht, daß auf jeden Fall eine derartige Maßnahme von einer sehr stark wirksamen **internationalen Kontrolle** über die gegenwärtigen Rüstungen der verschiedenen Nationen begleitet sein müßte

London, 5. Dez. Pertinax meldet dem „Daily Telegraph“ aus Genf, daß **Herriot am Mittwoch nach Paris zurückzureisen gedenke**; bis dahin würden die Fünfmächte-Besprechungen beendet sein. Der Berichterstatter beschäftigt sich weiter mit der **ablehnenden Haltung Herriots gegenüber einer vorläufigen Abrüstungsvereinbarung** und betont, Herriot sehe keinen Grund dafür, daß die Abrüstungskonferenz nicht in der bisherigen Weise programmgemäß weiterarbeiten solle, **ohne Rücksicht auf die Haltung Deutschlands.**

•

Die Aussichten der Abrüstungskonferenz

„Daily Telegraph“ nennt die Aussichten der Abrüstungskonferenz unstreitig ungünstig Es bestehe keine Aussicht dafür, daß der gesamte französische Plan gelegentlich der privaten Besprechungen angenommen werde, die jetzt im Gange seien, um Deutschlands berechtigten Wunsch zu befriedigen. Infolgedessen sei mit der Möglichkeit zu rechnen, **daß die Besprechungen erfolglos bleiben würden** und daß sich die Abrüstungskonferenz vertage nach Annahme einer Entschließung, die die bis Juli zustandegebrachten, sehr geringfügigen Ergebnisse verzeichne und nach Ernennung einer Kommission, die die Untersuchung der Abrüstungsprobleme fortsetzen würde.

*

v. Neurath bei Macdonald

Genf, 5. Dez. Freiherr von Neurath begab sich am Montag um 18 Uhr zu dem englischen Premierminister Macdonald, der den Wunsch geäußert hatte, den deutschen Außenminister nach seiner Ankunft in Genf zu sprechen. Später fand ein Diner bei Macdonald statt, an dem Ministerpräsident Herriot, der amerikanische Delegierte Norman Davis, der italienische Delegierte Aloisi und der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath teilnahmen.

•

Englisch-amerikanisch-französische Besprechung

Genf, 5. Dez. Die gemeinsame Besprechung zwischen Macdonald, Herriot und Norman Davis, an der auch Sir John Simon, Paul Boncour, und der amerikanische Flottensachverständige Dulles teilnahmen, dauerte zwei Stunden; die Besprechungen wurden nachmittags fortgesetzt.

*

Die Versuche einer Genfer Einheitsfront. — „Theoretische“ Gleichberechtigung für Deutschland?

T.U. **Genf**, 5. Dez. Zu der Viermächtebesprechung am Montag zwischen Macdonald, Herriot, Norman Davis, und Aloisi verlautet nach englischen Mitteilungen ergänzend, daß Macdonald den neuen amerikanisch-französischen Vorschlag für die Regelung der Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage nicht eindeutig abgelehnt, jedoch seine Zustimmung von der Haltung der deutschen Regierung zur Gleichberechtigungsfrage abhängig gemacht hat. Die Verhandlungen Macdonalds in den zahlreichen diplomatischen Besprechungen der letzten Tage hätten im wesentlichen bezweckt, die Zustimmung der französischen Regierung zur Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung unter der Bedingung zu gewinnen, daß die theoretische Anerkennung kein Aufrüsten Deutschlands einschließe. Herriot hat jedoch diesen Vermittlungsvorschlag abgelehnt.

Trotz der Erklärungen von englischer und französischer Seite, daß bis zum Eintreffen Neuraths keine gemeinsamen „offiziellen“ Besprechungen zwischen den vier Großmächten stattfinden würden, muß festgestellt werden, daß tatsächlich jetzt bereits, o h n e das Eintreffen Neuraths abzuwarten, fortlaufend außerordentlich wichtige Verhandlungen zwischen den vier Großmächten stattgefunden haben, die in ihrer politischen Bedeutung einer Konferenz fast gleichkommen . Die Stellung der deutschen Regierung wird auf Grund dieser Verhandlungen, in deren Mittelpunkt der neue amerikanisch-französische Vorschlag stand und die in wesentlichen Punkten bereits zu einer gewissen Vereinigung zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs und den maßgebenden Vertretern Italiens und der Vereinigten Staaten geführt worden sind, als taktisch schwierig angesehen, da nun die Möglichkeit besteht, Deutschland sozusagen vor fertige Tatsachen zu stellen. Sachlich ist immerhin zu erwarten, daß der erst jetzt eingetroffene deutsche Außenminister Verhandlungen über den neuen französisch-amerikanischen Plan von der vorhergehenden Stellungnahme der Großmächte zur Frage der deutschen Gleichberechtigung abhängig machen wird.

Die erste Unterredung Neurath-Macdonald.

T.U. **Genf**, 5. Dez. In der ersten halbstündigen Unterredung mit Neurath hat Macdonald nach deutschen Mitteilungen den deutschen Außenminister über den bisherigen Stand der Besprechungen unterrichtet, jedoch soll keinerlei Mitteilung von der bereits erfolgten französisch-amerikanischen Einigung gemacht sein, die das allgemeine Gesprächsthema bildet. Es besteht jedenfalls die Tatsache, daß in Paris zwischen Herriot und Norman Davis eine grundsätzliche materielle Vereinbarung über die gleichzeitige Behandlung der Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage zustande gekommen ist und von englischer und italienischer Seite diesen Vereinbarungen keine Schwierigkeiten entgegengestellt werden, falls Deutschland zustimme.

Die erste Fünfmächtebesprechung. — Pessimismus und Durcheinander — Viermächtefront?

T.U. **Genf**, 5. Dez. Auf der ersten gemeinsamen Besprechung der fünf Mächte anläßlich des Essens bei Macdonald, an der von deutscher Seite von Neurath und Gesandter von Weizsäcker teilnahmen und die bis 22 Uhr dauerte, haben auf den ausdrücklichsten Wunsch Macdonalds hin keinerlei eingehende politische Unterredungen stattgefunden. Insbesondere sind den Vertretern Deutschlands keinerlei Mitteilungen über die Vereinbarungen zwischen den Vertretern Frankreichs und Amerikas gemacht worden. Macdonald hat jedoch auf das Entscheidenste bestritten, daß die deutsche Regierung in irgendeiner Richtung vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Während des Essens ist lediglich das äußere Arbeitsprogramm für den morgigen Dienstag festgelegt worden.

Die erste offizielle Fünfmächtebesprechung findet Dienstag früh um 9,30 Uhr statt und wird um 11 Uhr wegen der dann beginnenden außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Konflikt unterbrochen werden. Die Fünfmächtebesprechung wird sodann am Nachmittag wieder aufgenommen werden und voraussichtlich bis in die späten Abendstunden andauern.

Herriot hat die übrigen Abordnungen von seiner Rückkehr nach Paris am Dienstag abend in Kenntnis gesetzt und seine Abreise mit parlamentarischen Notwendigkeiten begründet.

Ueber die amerikanisch-französischen Vereinbarungen und die Zustimmung der übrigen Mächte werden die verschiedenartigsten Gerüchte in Umlauf gebracht. Nach einer offiziellen englischen Darstellung ist zwischen den vier Großmächten über den amerikanisch-französischen Plan in den großen Linien bereits eine Einigung zustande gekommen. Von französischer Seite wird eine ähnliche Auffassung verbreitet. Demgegenüber besteht jedoch in unterrichteten Kreisen der Eindruck, daß eine einheitliche Front der vier Mächte in allen Punkten jedenfalls nicht besteht. Es liegen Mitteilungen vor, daß die englische Regierung zwar in großen Linien dem Plan zugestimmt, jedoch ihren Beitritt davon abhängig gemacht habe, daß ein wesentliche Herabsetzung der Rüstungen in der Vereinbarung festgelegt wird. Von französischer Seite ist ferner verlangt worden, daß die Vereinbarung in verschiedenen Punkten den französischen Sicherheitswünschen noch weitergehend angepaßt wird. Eine eindeutige Stellungnahme der italienischen Regierung steht nach wie vor aus.

Den deutschen Vertretern wird in der kommenden Fünfmächtebesprechung zum ersten Mal offiziell von dem amerikanisch-französischen Plan Mitteilung gemacht werden.

In allen internationalen Kreisen besteht am Montag abend eine außerordentlich pessimistische Stimmung. Sogar aus der näheren Umgebung Macdonalds verlautet, daß die Möglichkeiten einer Einigung bis zum Dienstag abend außerordentlich ungünstig beurteilt werden müssen. Auf deutsche Seite wird selbstverständlich der amerikanisch-französische Plan als vollständig untragbar beurteilt, da er sogar einen wesentlichen Rückschritt gegenüber der Lage bei dem Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz Ende Juli bedeuten und die Entscheidung über die deutsche Gleichberechtigungsforderung auf drei Jahre hinausgeschoben würde. Ueber einen derartigen Vorschlag sind nach Deutschlands Auffassung selbstverständlich Verhandlungen vollständig ausgeschlossen. Es besteht also zurzeit ein ganz außergewöhnliches Durcheinander; doch rechnet man damit, daß sich die Lage im Laufe des Dienstag abend klären wird.

Reichsaußenminister von Neurath beabsichtigt, im Laufe des Freitag nach Berlin zurückzukehren.

Der amerikanisch-französische Plan in keiner Richtung annehmbar.

T.U. **Genf**, 5. Dez. Ueber die heutige erste gemeinsame Besprechung der fünf Mächte wird von anderer Seite mitgeteilt, daß Macdonald zum Schlusse des Essens eine ausführliche Darstellung der gesamten Lage auf Grund der politischen Verhandlungen der letzten Tage gegeben habe. Hierzu soll der deutsche Außenminister lediglich erklärt haben, daß er diese Mitteilung zur Kenntnis nehme, jedoch hierzu keine Stellung nehmen könne, da die Mitteilung eingehender Ueberlegung bedürfe. Die Aussprache wurde dann auf die zu Dienstag vormittag einberufene Fünfmächtebesprechung vertagt. Auf deutscher Seite vertritt man auf Grund der bisherigen Mitteilungen ausdrücklich den Standpunkt, daß der amerikanisch-französische Plan in keiner Richtung als annehmbar erscheint.

Tagung des Kyffhäuserverbandes

Am vergangenen Sonntag hielt der Kyffhäuserverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen seinen Reichsvertretertag in Berlin ab, der infolge der Wichtigkeit des Beratungsstoffes aus allen Teilen des Reichs stark beschickt war. General der Art. a. D. von Horn wies nach, daß die ideellen Bestrebungen des Kyffhäuserbundes wie z. B. Kampf gegen die Kriegsschuldlüge und für Gleichberechtigung Deutschlands in der Wehrfrage sowie die Hebung der Wehrfreudigkeit im deutschen Volke geeignet seien, eine Besserung der Wirtschaftslage des Reichs und dadurch eine Besserung der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen herbeizuführen. Der vom geschäftsführenden Vorsitzenden, Major a. D. Goedicke, erstattete Geschäftsbericht, zeigte eine günstige Entwicklung des Verbandes in den letzten beiden Jahren Nach ausführlichen Referaten beschloß der Vertretertag, das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen. In diesem Schreiben sind neben einer kritischen Betrachtung des durch Notverordnungen und Sparerlaß aufs schwerste beeinträchtigten Versorgungsrechts Richtlinien für eine Ausgestaltung der Reichsversorgung vorgeschlagen und eingehend begründet. Die Verhandlungen zeichneten sich durch ein hohes Maß von Sachkenntnis aus und waren von einem Verantwortungsbewußtsein getragen, das die Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen in die Gesamtlage des Reichs einfügte.

Politischer Zusammenstoß in Hamborn

Hamborn, 5 Dez. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen etwa 200 Nationalsozialisten und etwa 150 Reichsbannerleuten ereignete sich in der Nähe von Holten Die Nationalsozialisten befanden sich auf dem Wege zu einer Wehrsportübung, während die Reichsbannerleute von einer solchen Uebung zurückkehrten. Zwischen beiden Trupps kam es zu Tätlichkeiten, wobei die Gegner mit Steinen und Hiebwaffen aufeinander losgingen und mehrere Schüsse abgegeben wurden. Wie die Polizei mitteilte, mußten sieben Reichsbannerleute ins Krankenhaus gebracht werden. Von den Nationalsozialisten sind sechs verletzt worden. Drei von ihnen haben Schußverletzungen und drei Hiebverletzungen davongetragen. Drei Führer der Nationalsozialisten und drei Reichsbannerleute wurden festgenommen.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[34

„Ich bin nicht zu müde, Herr Rechtsanwalt. Aber Sie müssen sich jetzt Ruhe gönnen. Auf keinen Fall dürfen Sie heute noch etwas schaffen. Ich werde die ganze Arbeit ins reine schreiben, und morgen früh, wenn Sie fieberfrei sind, können Sie ja die letzten Aenderungen noch anordnen.“

„Einverstanden! Ich fühle selbst, daß es heute nicht mehr so recht mit mir geht. Wollen Sie so freundlich sein und hinten sagen, daß man für Sie etwas Abendbrot hereinbringt? Und nun besten Dank! Ich erwarte Sie morgen früh zur Arbeit.“

Edith erhob sich und wollte mit einem leisen Gruß das Zimmer verlassen. Weltner streckte ihr die Hand entgegen, zog sie dann aber sofort wieder zurück:

„Nein, Frau Bernheim, heute verabschiede ich mich lieber ohne Händedruck von Ihnen. Ich möchte nicht, daß Sie auch noch eine Grippe bekommen. Also gute Nacht! Hoffentlich haben Sie nicht zu lange zu arbeiten!“

Edith erwiderte mit leiser Stimme den Gute-Nacht-Gruß. Sie sah mit besorgtem Gesicht zu, wie müde sich Rechtsanwalt Weltner von der Chaiselongue erhob und, sich an den Möbeln festhaltend, langsam in sein Schlafzimmer ging, dessen Tür er hinter sich schloß.

Dann ordnete sie auf dem Schreibtisch die Akten so, daß sie den Entwurf für die zu fertigende Abschrift bequem zur Hand hatte, nahm den Deckel von der Schreibmaschine und stellte die Lampe zurecht. In diesem Augenblick öffnete sich die Tür von der Diele.

Ina Hartwig kam herein. Mit einem liebenswürdigen Lächeln, das auffällig abstach gegen ihre sonstige kalte Gemessenheit gegenüber Edith Bernheim, kam sie auf die Sekretärin zu und streckte ihr die Hand entgegen:

„Ich habe das Abendbrot für Sie mit bei uns auftragen lassen, Frau Bernheim; ein Verwandter von mir leistet mir Gesellschaft, damit ich nicht so allein bin in meiner Sorge um meinen Vetter — bitte wollen Sie sich inzwischen ins Eßzimmer bemühen, ich will nur noch schnell fragen, was ich für meinen Vetter tun kann.“

Sie nickte Edith zu und ging an die Tür zu dem Schlafzimmer des Rechtsanwalts, in das sie nach einem kurzen Klopfen und einem leisen Hereinruf eintrat.

Mit befremdeter Miene hatte Edith Bernheim die freundliche Begrüßung Frau Inas entgegengenommen. Was war nur geschehen, daß die elegante schöne Frau, der sie sonst nur mit leisem Bangen im Weltnerschen Hause begegnete, ihr heute mit so vieler Freundlichkeit entgegenkam?

War doch Frau Ina sonst immer von einer Kälte, die schon mehr einer Nichtachtung gleichkam — kaum, daß sie den höflichen Gruß der Sekretärin knapp erwiderte. Aber niemals hatte sie ein Wort an sie gerichtet, niemals sich um sie gekümmert. Ja, wenn sie ihr begegnete, war aus den schönen, kalten Augen ein so forschender und eisiger Blick ihr entgegengekommen, daß Edith Bernheim in ihrer Scheu und Menschenangst noch verschüchterter geworden war. Diese Frau, so hatte sie geglaubt, war aus einem unbekannten Grunde ihre Feindin — und sie atmete immer auf, wenn sie ihr nicht begegnete.

Heute aber war alles völlig verändert. Man bat sie sogar an den Familientisch — vielleicht war es die Sorge um den Vetter, die Ina ein wenig milder machte? Eigentlich hätte sich Edith über diese Wendung freuen müssen. Doch sie konnte ein Gefühl der Beklommenheit nicht loswerden. Aber diese Beklommenheit hatte auch noch einen anderen Grund.

Sie fühlte es deutlich, denn Edith war gewohnt, rücksichtslos ehrlich gegen sich selbst zu sein: wie sie jetzt Frau Ina so selbstverständlich in das Zimmer Weltners hineingehen sah, wie sie ihre heute so sanfte Stimme gedämpft durch die geschlossene Tür klingen hörte, da legte es sich wie ein schwerer Druck auf Ediths einsame Seele.

Ina Hartwig hatte ein Recht, an Weltners Krankenbett zu weilen, ihn zu pflegen, ihm alle Erleichterungen zu schaffen, die man einem Kranken nur schaffen konnte. — Sicherlich war sie die beste, geschickteste Krankenpflegerin, und schon ihre Nähe mochte ihn beruhigen und beglücken. Sie war ja auch schön, hinreißend schön, diese Ina Hartwig mit ihrer hohen Gestalt, den leuchtenden Augen und dem gemmenhaft geschnittenen vornehmen Gesicht.

Sicherlich liebte Weltner diese schöne Frau und würde sie einmal zur Mutter seines kleinen Knaben machen.

Mit brennenden Augen starrte Edith Bernheim auf die geschlossene Tür. Sie stand draußen — ausgeschlossen, sie mußte entsagen, immer und immer. Wie schwer das auch war, wie sehr das arme, liebeleere Herz sich auch aufbäumte in verzweifelter Sehnsucht. Sie mußte schon dankbar und zufrieden sein, daß sie dem Geliebten in der Arbeit wenigstens nahe sein konnte.

Man mußte sich eben abfinden mit dem Maß an Lebensglück, daß das Geschick einem zugemessen — das ihre war karg —; aber man durfte nicht murren.

Wenn nur der geliebte Mann, wenn nur Robert Weltner glücklich würde an der Seite dieser schönen, stolzen Frau, wenn nur der kleine Ralph an Ina Hartwig eine Mutter fände, dann wollte sie auch still und zufrieden sein.

Sie ging leise aus dem Zimmer und wartete bescheiden im Korridor, denn sie wollte nicht ohne Frau Ina das Speisezimmer betreten. Vor der Tür von Ralph hielt sie einen Augenblick an; gern wäre sie einen Augenblick zu dem lieben kleinen Kerl hineingegangen, der sich seit ihrer ersten Begegnung damals mit einer stürmischen Liebe an sie angeschlossen hatte. Aber es war schon spät. Sicherlich schlief er schon. Sie mochte auch nicht ohne Einwilligung der Tante zu ihm gehen.

Der kleine Ralph aber lag in seinem Kinderbett wach. Seine Kinderseele konnte keinen Schlaf finden. Vor dem marternden Gedanken, daß der Vater sterben könnte wie die geliebte Mutter, und daß an allem er — Ralph — die Schuld trage.

* * * (Forts. folgt.)